

Belebung lässt auf sich warten

BUDAPEST (owr/gtai)--In diesem Jahr steigen in Ungarn die Bruttoanlageinvestitionen voraussichtlich nur um 1% und im Folgejahr um real gut 2,5%, so die revidierten Prognosen der Zentralbank in Budapest. Sie war bislang für nächstes Jahr von einem Anstieg um gut 5% ausgegangen. Auch das BIP-Wachstum dürfte im kommenden Jahr schwächer als bislang angenommen ausfallen (2010 knapp 1%). Mit dem IWF wird nun doch kein neues Abkommen angestrebt. Die Höhe der Gewinntransfers durch Auslandsinvestoren (FDI) ist der neuen Regierung ein Dorn im Auge. Ein neues Sparpaket ist auf dem Reißbrett.

Exporte sollen dieses Jahr um 11,5% zulegen

Ungarns Importe versprechen 2011 um real 7% zuzulegen (statt um 8,5%). Dagegen steigen sie in diesem Jahr voraussichtlich stärker als bisher angenommen, und zwar um real 10,5%. Die Zentralbank geht in ihrer Jahresmitte-Prognose gleichzeitig davon aus, dass die Exporte dieses Jahr um 11,5% zulegen. Auch hier verspricht das Wachstum nächstes Jahr dann aber schwächer auszufallen, als bislang erwartet (Exporte plus 7,5%). Das letzte Jahr hatte auf der Ausfuhrseite einen Einbruch um 9% und bei den Einfuhren um real 15,4% gebracht.

Für die Bruttoanlageinvestitionen hat die Zentralbank ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr halbiert. Maßgeblich hierfür ist unter anderem die von Ungarns neuer Regierung Mitte des Jahres eingeführte Supersteuer auf Banken: Sie beträgt nach Angaben der in Ungarn engagierten BayernLB rund das Zehnfache der Steuer, die von anderen Ländern eingeführt oder geplant ist und widerspricht voraussichtlich EU-Recht. Die neue Steuer könnte nach Einschätzung der Zentralbank dazu führen, dass sich die Kreditbedingungen für die Privatwirtschaft verschlechtern und das Investitionsklima leidet. Ab 2011 werden die Banken voraussichtlich in der Lage sein, einen Teil der Sonderabgabe auf ihre Kunden abzuwälzen, so die Erwartungen der Zentralbank. Sie geht zudem davon aus, dass eine Banken-Sondersteuer auch noch 2011 und 2012 in Kraft sein wird. In Ungarn war 2008/2009 - anders als in westeuropäischen Ländern - kein umfangreiches staatliches Hilfspaket für die Banken auf den Weg gebracht worden. Die in Ungarn tätigen Auslandsbanken wurden durch ihre Mutterhäuser mit Liquidität versorgt, was der ungarischen Wirtschaft bei der Begrenzung der Krisenfolgen geholfen hat.

Dämpfend auf die Investitionsneigung könnten zudem Zinserhöhungen wirken, die Bankanalysten für die zweite Jahreshälfte nicht länger ausschließen wollen. Die Investitionen stützen sich in Ungarn immer stärker auf EU-Anpassungshilfen. Aus diesen Hilfen dürfte resultieren, dass die öffentlichen Investitionen im kommenden Jahr nicht fallen, sondern stagnieren. Die Hilfen sollen künftig aber vor allem dem inländischen Unternehmenssektor - und dabei den KMU - zugutekommen.

Für die privaten Haushalte erwartet die Zentralbank im Jahr 2011 nur noch eine Erholung der Realeinkommen um 1,4% (statt um 2,5%), und dies nach Rückgängen um 3,1% im Vorjahr und um 4,7% 2009. Auch bei den Privathaushalten wird die Investitionsneigung demnach zunächst gedämpft bleiben. Die Bruttolöhne dürften 2011 im Durchschnitt um annähernd 4,5% zulegen verbunden mit einem Anstieg der Lohnstückkosten um nominal 1,7% (nach minus 1,9% im Vorjahr, jeweils im Privatsektor). Die Zentralbank setzt die Inflationsrate für nächstes Jahr im Jahresmittel mit 3,5% an, was

eine Revision nach oben bedeutet (2010 voraussichtlich 4,7%). Grund hierfür ist nicht zuletzt die Schwäche der Landeswährung Forint. Hierdurch werden auch die Banken-Portfolios in Ungarn belastet, so dass sie zusätzliches Kapital brauchen könnten, wie Bankenexperten anmerken.

Zur Abwertung des Forint gegenüber dem Euro hat entscheidend der Zickzack-Kurs der neuen Fidesz-Regierung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beigetragen. Bei Regierungsneubildung wurde noch mitgeteilt, im Herbst werde ein neues Standby-Abkommen mit dem Fonds angestrebt, ohne dessen Mittel in Anspruch nehmen zu wollen. Dann wurden jedoch Mitte des Jahres die weiteren Verhandlungen mit dem IWF suspendiert und es hieß, die künftigen Budgetdefizitziele würden auf politischer Ebene allein mit der EU verhandelt. Im Spätsommer zeichnete sich eine Neuaufnahme der Verhandlungen ab. Es stellte sich jedoch heraus, dass es im Herbst nur zu turnusmäßigen Konsultationen mit dem Fonds kommen wird.

EU und IWF zu neuen Verhandlungen bereit

Nach den im Oktober abzuhaltenden Kommunalwahlen könnte allerdings ein erneuter Richtungs- und Politikwechsel anstehen. Es zeichnet sich ab, dass die EU in der „Ungarnfrage“ einen Schulterchluss mit dem IWF sucht. EU-Kommissar Olli Rehn soll in einem nicht offiziell veröffentlichten Statement betont haben, dass EU-Kommission und IWF zu neuen Verhandlungen bereit seien, sobald beide erkennen würden, dass diese zu „Resultaten führen“. Die Budgetpolitik habe sich bisher zu sehr auf kurzfristige Feuerwehrmaßnahmen gestützt.

Der IWF hat Anfang September in Washington ein neues Darlehens-Hilfsprogramm auf den Weg gebracht, und zwar eine sogenannte Precautionary Credit Line (PCL). Sie sei für Länder wie Ungarn geradezu maßgeschneidert, so die Ansicht von Bankenexperten und wäre kein neuer Standby-Kredit. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem IWF stufen ausländische Wirtschaftsinstitute als selbstschädigend ein.